

Leiharbeit

Lebenslang auf Zeit

Leiharbeiter arbeiten oft jahrelang in einer Firma. Minimaler Kündigungsschutz macht sie lukrativ. In Deutschland soll es verboten werden, in Österreich wird es zur Norm. von Judith E. Innerhofer

20. Januar 2014

Hinter den Wohnzimmeregardinen flimmert das Abendprogramm, als Gratkorn noch einmal erwacht. Männer in Stiefeln marschieren durch eine diffus beleuchteten Werkseinfahrt und werden gleich wieder vom Nebel dahinter verschluckt. Es ist Dienstag, 22 Uhr, für rund 180 Arbeiter steht Schichtwechsel an im steirischen Industriedorf, wo der südafrikanische Konzern Sappi Papier produzieren lässt. Franz Scherf zieht eine letzte Zigarette aus dem blauen Kapuzenpulli. Vergnügt pariert er die Zoten vorbeiziehender Kollegen, dann verschwindet auch sein breites Schulterkreuz hinter den Personalschranken.

"Es ist schön, hier zu arbeiten", hat Franz Scherf zuvor mit Nachdruck gesagt. Er ist 42, ein geselliger Typ, groß und kräftig gebaut. Seit fast elf Jahren steht er an den Umrollern und Rollenschneidern, Kalandern, Querschneidern und Streichmaschinen in Produktionslinie drei, wo das Papier den letzten Feinschliff erhält. Die Lehrlinge schult er gerne ein, die Chefs sind in Ordnung, und vor allem sind Kollegen hier auch Freunde. Sie organisieren Fußballabende und Hüttenwanderungen, Motorradtouren nach Kroatien sowie gemeinsame Familienurlaube in Italien, und als Franz Scherf am Renovieren war, kamen helfende Hände aus der Belegschaft.

Nur gehört Franz Scherf eigentlich gar nicht dazu. Er ist Leiharbeiter. Sein Arbeitgeber ist nicht die Papierfabrik, für die er seit einem Jahrzehnt Schichten schiebt. Sein Brotherr ist ein "Arbeitskräfteüberlasser", wie sich die Unternehmen am Zeitarbeitsmarkt nennen, die der Wirtschaft den Rücken stärken und für Jobsuchende das Tor zu einer Festanstellung sein sollen.

Der ewige Leiharbeiter ist in Österreichs Politik nur ein Randthema

"Das kann nicht sein. Ich halte das für einen besonders krassen Fall", kommentierte eine ungewohnt verstörte Angela Merkel die bundesdeutsche Version von Franz Scherf und trat einen Schritt vom Plexiglasputz zurück. Ein Leipziger Industriearbeiter hatte der Kanzlerin in der *Wahlarena* der ARD im vergangenen September sein Los geschildert, seit über zehn Jahren vom selben Betrieb ausgeliehen zu sein. Falls es mehrere solcher Fälle gebe, so

Merkels Versprechen, wolle sie gesetzlich intervenieren, denn: "Für einen so langen Zeitraum ist Leiharbeit nicht gedacht."

In Österreich ist einer wie Franz Scherf alles andere als ein Einzelfall. Fast 72.000 Leiharbeiter wurden im vergangenen Jahr gezählt. Weit mehr als jeder Dritte von ihnen steht länger als ein Jahr beim selben Betrieb im Dienst, das sind acht Prozent mehr als im Jahr zuvor und fast doppelt so viele wie noch 2002.

"Die dauerhafte Beschäftigung ist einer der Zukunftstrends unserer Branche", sagt Erich Pichorner, Bundesvorsitzender der Personaldienstleister in der Wirtschaftskammer und Geschäftsführer der ManpowerGroup Österreich.

Pichorner sitzt im vierten Stock der neuen Österreich-Zentrale des Konzerns, der hinter Branchenpionier Trenkwalder die Nummer zwei im Land ist. Unten vor dem Bewerbungseingang hängen Jobangebote aus. IT-Experten sind ebenso gefragt wie Ingenieure, Sekretäre oder Callcenter-Mitarbeiter. Fast alle Angebote sind langfristig. Der typische Leiharbeiter – in der Branchensprache lieber Zeitarbeiter oder Leasingkraft genannt – ist zwar immer noch Arbeiter und männlich, "aber die Vermittlung von gering qualifizierten Hilfskräften wird immer schwieriger und unrentabler", sagt Pichorner. Steigen werde die Nachfrage im Angestelltenbereich, wo man "nicht an temporäre Produktionsspitzen denkt, sondern qualifizierte Mitarbeiter für ganze Projektzyklen sucht".

Lebenslang auf Zeit: Was in Österreich immer öfter die schön-flexible Arbeitswelt darstellt, spielt in Deutschland eine geringere Rolle. Eine genaue Erhebung der Durchschnittsdauer von Leihbeschäftigungen gibt es nördlich der Alpen nicht. Einer Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zufolge soll aber ein nicht einmal halb so großer Teil der Leiharbeiter länger als ein Jahr vom selben Betrieb in Anspruch genommen werden.

Und selbst das könnte sich nun ändern. "Die Überlassung von Arbeitnehmern an Entleiher erfolgt vorübergehend", steht bereits seit 2011 im deutschen Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Während die rot-grüne Regierung Schröder 2004 die Höchstüberlassungsdauer komplett aufgehoben hatte, schob die wirtschaftsfreundliche schwarz-gelbe Koalition der Dauerleihe mit dem simplen Wörtchen "vorübergehend" einen Riegel vor. Und setzen CDU und SPD ihren Koalitionsvertrag tatsächlich um, darf in Deutschland ein Leiharbeiter bald nur noch 18 Monate für eine Firma arbeiten.

In Österreich ist das wachsende Heer der ewigen Leiharbeiter ein Randthema und mit ihm auch die Forderung einer Befristung oder einer Übernahmepflicht nach einer bestimmten Beschäftigungsdauer, wie sie etwa die deutsche Metallgewerkschaft im Tarifvertrag durchgesetzt hat.

"Fangst an?", fragt die Mittfünfzigerin hinter dem Tresen und bringt Franz Scherf Kaffee statt Feierabendbier. Das Duo am Nebentisch erkundigt sich nach dem Stand beim Renovieren, und immer wieder grüßt einer von der Türschwelle herüber zum Franz, den jeder im Stammlokal der Papierarbeiter kennt. Hier bekommen nicht nur die Sappi-Leute Mitarbeiterrabatte, sondern auch "die Geliehenen". Eigentlich fühlt sich Franz Scherf nicht wie einer in der Armee jener ausgebeuteten Ausgeliehenen, deren Schicksal seit der ARD-Reportage über Arbeitsbedingungen bei Amazon die Öffentlichkeit beschäftigt.

Wenn schon Leiharbeiter, dann lieber in Österreich, darin sind sich die meisten einig. Seit Jänner ist die Novelle des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in Kraft, mit der die Rechte von

Leiharbeitern in Österreich gestärkt wurden. Im Prinzip sind sie nun der Stammbesellschaft in vielen Hinsichten gleichgestellt. Es gibt ein Diskriminierungsverbot, den Anspruch auf Weiterbildungs- und Sozialleistungen und das selbe Gehalt, das ein vergleichbarer Festangestellter erhält. Zudem steht eine Neuerung an, die Arbeiterkammer und Gewerkschaften als großen Erfolg präsentieren: Leiharbeiter, die länger als vier Jahre im Betrieb tätig sind, haben vom 1. Januar 2014 an Anspruch auf die Betriebspension. Langzeitleiharbeit wird damit gewissermaßen zur Norm erklärt.

Dass Kollektivvertrag und Gesetz in Österreich viele Nachteile der Leiharbeit abfedern, bestätigt selbst Johann Kalliauer, eine der kritischsten Stimmen zum System Menschen-Leasing. "Nur sieht die Praxis oft anders aus, als es auf dem Papier steht", setzt der Präsident der Arbeiterkammer Oberösterreich gleich hinterher und verweist etwa auf die überdurchschnittlich hohe Zahl von Rechtsfällen, die Leiharbeiter mithilfe der Kammer gegen ehemalige Arbeitgeber ausfechten.

Freilich, schwarze Schafe gebe es auch hierzulande, räumt selbst Branchenvertreter Erich Pichorner ein. Das Ausbeuter-Image seiner Branche macht dem Manpower-Chef zu schaffen. "Aber in Sachen Gleichbehandlung und -bezahlung sind wir den Deutschen mindestens zehn Jahre voraus", behauptet Pichorner.

Leiharbeit in Österreich: die schöne neue Arbeitsform der Zukunft, ein Tribut an den Flexibilisierungszwang und sozialverträglich zugleich? "Die Belegschaft zweiter Klasse ist eigentlich nicht mehr erlaubt. Aber ein Nachteil bleibt freilich", sagt der Wiener Arbeitsrechtler Remo Sacherer. "Selbst jemand, der zwanzig Jahre an denselben Betrieb überlassen wurde und sich als Teil der Belegschaft fühlt, kann ziemlich schnell ohne Arbeit dastehen. Es gibt keinen echten Kündigungsschutz."

Hire and fire, rasch und unbürokratisch, das ist das Wesen der Leiharbeit. Und daran ändert auch die neue Vorwarnfrist von zwei Wochen wenig. Ist ein Arbeiter dann erst einmal an die Leihfirma zurückgegeben worden, naht die Entlassung: Nur zwei Wochen beträgt die Kündigungsfrist in den ersten drei Dienstjahren, und sie steigt auch später kaum auf eine Sicherheit bietende Zeitspanne an. "Was also bleibt, oft über 15 Jahre, ist der bedrohte Status. Krank werden oder einmal weniger gut zu funktionieren, das scheint man sich nicht leisten zu können", kritisiert René Schindler, Bundessekretär der Produktionsgewerkschaft ProGe.

Zudem wird selbst der minimale Kündigungsschutz in der Praxis gern ausgehebelt: Mehr als die Hälfte aller Beschäftigungen auf Zeit wird laut Arbeiterkammer "eilvernehmlich aufgelöst". Eilvernehmlich bedeute dabei meist, unter Druck, so Schindler. Diese gängige Praxis bestätigt auch Remo Sacherer, der als Anwalt vorrangig die Unternehmerseite vertritt. "Viele Zeitarbeiter stimmen einer eilvernehmlichen Lösung in der Hoffnung zu, erneut gerufen zu werden, sobald es wieder etwas zu tun gibt."

Wird ein Leiharbeiter krank, steht der nächste schon auf seinem Posten

Doch selbst wenn das zuweilen funktioniert: "In der Zwischenzeit erhalten sie Arbeitslosengeld. Die Kosten werden also auf die Allgemeinheit abgewälzt", sagt Sacherer. Über die Weihnachtsfeiertage 2012 haben die Gewerkschaften rund 2400 Fälle von Scheinkündigungen registriert, mit denen sich Unternehmen der Bezahlung von Feiertagen und Stehzeiten entledigen. "Mit den Dauerleiharbeitern halten sich die Unternehmen eine

industrielle Reservearmee, um gegen die konjunkturelle Unsicherheit gewappnet zu sein", sagt René Schindler.

Fälle wie den Franz Scherf kennt der Gewerkschafter zuhauf, schließlich liegen die Vorzüge einer zweiten Belegschaft nicht allein in der schnellen Entlassungsmöglichkeit. Wird eine geliehene Arbeitskraft krank, steht die nächste schon auf dem Posten. Ihr Lohn scheint nicht unter den Personalkosten auf, sondern kann als Sachaufwand verrechnet werden – weshalb nicht zuletzt die öffentliche Hand gern auf Leasingpersonal zurückgreift, um Sparvorgaben und Aufnahmestopps nach außen hin zu erfüllen.

Als im Jahr 2009 plötzlich Tausende Leiharbeiter "stempeln" mussten, hatte Franz Scherf Glück. Die Papierproduktion in Gratkorn lief weiter. Nun aber sind neuerlich harte Zeiten vorhergesagt, das AMS rechnet für 2014 und 2015 mit über acht Prozent Arbeitslosen, dem höchsten Stand seit 1953 – und besonders stark steigen dürfte ein weiteres Mal der Anteil der arbeitslosen Leiharbeiter.

Gerüchte über einen Abbau der Geliehenen habe es immer schon gegeben, meint Franz Scherf. "Aber wir sind immer noch da", sagt der 42-Jährige und setzt in Richtung Werk nach: "Was willst?" Ein einziges Mal bleibt der Blick in der jetzt leeren Kaffeeschale hängen. "Du weißt halt nie, was sein wird. Du wirst älter. Und was ist dann?"